

Grubert sollte Ämter niederlegen

Zu „Gericht erklärt Satzung für nichtig / Verband „Der Teltow“ muss Regelwerk überarbeiten, 22. August:

Am 21. August wurde das rechtswidrige Handeln des Verbandsvorstehers des WAZV Teltow, Herrn Grubert, vor Gericht abgestraft und den Klagen der Bürger in den Musterverfahren Recht gegeben. Der Verbandsvorsteher und die MWA-Mitarbeiterin Frau Lenk, beide sonst ja immer mit großen Worten unterwegs, waren recht kleinlaut. Das Gericht hat ihnen ihre Grenzen aufgezeigt. Der Verbandsvorsteher gab freimütig vor Gericht – der Saal gefüllt mit Bürgern – bekannt, dass er die Rechtswidrigkeit der Verbandssatzung schon lange kannte und dass er trotz dieses Wissens die Altanschießerbeiträge mit Drohmaßnahmen der Vollstreckung und Grundbucheintragung eingetrieben hat.

Der Verbandsvorsteher, der sich einer juristischen Ausbildung rühmt, hat damit zu mindestens in Bezug auf Moral, Menschlichkeit und Sozialkompetenz starke eigene Defizite kundgetan. Fachlich ist er offensichtlich nicht einmal in der Lage, eine rechtssichere Satzung zu erlassen, und nicht einmal die dafür notwendigen Rechtsgutachten einzuholen und umzusetzen. Eines muss klar sein, dadurch hat er die heutigen Muster-Prozesse – die Bürger waren hier durch Rechtsanwalt Burghardt Lau vertreten – verloren. Er hat damit aber auch die Gelder der Bürger unsinnig verschwendet, denn die zahlen auch diese Kosten.

Herr Grubert sollte seine Ämter niederlegen und sich

mit Würde zurückziehen. Personen, die Bürgerrechte so massiv missachten, sind nicht mehr zeitgemäß. Das sind Allüren aus vergangenen Zeiten. Sie schaden nachhaltig dem demokratischen System, da ihr Handeln zu Politikverdrossenheit führt. Wir brauchen Politiker, die Brücken bauen und mit den Bürgern agieren und nicht Streitigkeiten durch ihr Handeln provozieren. Die Bürger haben ihm mehrfach Kompromisse angeboten, um die gegensätzlichen Rechtspositionen friedlich zu klären. Er hat dies nachhaltig unterwandert.

Stellen Sie sich doch einmal Herrn Grubert als Landrat vor. Ich denke die Zustimmung in der Bevölkerung dürfte dazu übersichtlich sein.

Es müssen sich alle in der Stadtverordnetenversammlung Teltow nach diesem klaren Urteil die Frage gefallen lassen, was sie für die Bürger getan haben und was sie gedenken zukünftig zu tun. Jeder Bürger, der sich für die Altanschießer eingesetzt hat, und davon gibt es viele, sind bürgerengagierter als die etablierten Stadtverordneten-Mitglieder in Teltow. Das Altanschießerthema wird laut WAZV-Beschluss auch auf die Neu-Anschließer zukommen, denn die haben aus WAZV-Sicht auch zu wenig gezahlt. Auch der Straßenbau ist nicht gerade in Teltow ein bürgerfreundlich-behandeltes Thema. Die Bürger werden 2014 per Wahl entscheiden müssen, ob sie dieser Abzocke mit mittelalterlichen Methoden und Akteuren ein Ende setzen wollen.

Dr. Wolf, Teltow

MAZ 31.08.2013